

SPD-Ortsverein Weilburg

Presseinformation vom 4. Januar 2011

Islamisches Zentrum in Weilburg

Hartmut Bock und Mustafa Yüce fordern das Offenlegen aller Planungen

Geheimniskrämerei führt zu Missverständnissen und Vorurteilen

Offenheit und Transparenz sind gute Gehilfen bei der politischen Arbeit. Dies erklärten der SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtparlament Hartmut Bock und sein Kollege, der Stadtverordnete Mustafa Yüce zu der jüngsten Diskussion um das islamische Zentrum in Weilburg an der Backstania. Das Rathaus und Bürgermeister Schick haben hier nicht frühzeitig und umfassend gegenüber Parlament und Öffentlichkeit über die Entwicklung und die vorliegenden Planungen informiert. Genau genommen ist dies ein Informationsdesaster, so Hartmut Bock. Bei einer solchen Geheimniskrämerei entstehen zwangsläufig Missverständnisse und es werden Vorurteile und Ressentiments geschürt.

Einerseits betont Bürgermeister Schick regelmäßig, wie wichtig ein gutes Miteinander ist, andererseits liefert er Argumente, die die Integrationsarbeit hochgradig gefährden, so der Stadtverordnete Mustafa Yüce. Versprechungen und Zusagen mit dem Wissen zu tätigen, dass diese so nicht erfüllt werden können, lässt Unmut bei Menschen heranwachsen.

Vertrauen und Anerkennung sind hier wichtige Voraussetzungen, die aber nur funktionieren, wenn alle Fakten und die geplante Entwicklung frühzeitig bekannt sind. In Weilburg ist still, ruhig und effizient ein Integrationsarbeitskreis angelaufen, der ohne großes politisches Getöse unterstützt werden sollte, so die beiden Sozialdemokraten. Dabei gilt es, das Zusammenleben mit über tausend Bewohnern der Stadt zu organisieren, die ihre Wurzeln nicht in Deutschland haben. Dies gelingt nur bei einem hohen Verständnis aller Beteiligten. Integration ist die gesellschaftliche Aufgabe unserer Zeit und keine Einbahnstraße. Hier sind alle, auch die schon länger hier lebende einheimische Bevölkerung gefordert und müssen sich einbringen, erklären Hartmut Bock und Mustafa Yüce.

Die Nutzung eines ehemaligen Gewerbeobjektes als Moschee ist eine sinnvolle Entwicklung, wenn die Öffentlichkeit und das Parlament über Art und Umfang eingebunden sind und die Ziele der Stadtentwicklung dadurch unterstützt werden. Dies gelingt aber nur in einem offenen und transparenten Verfahren. Bevor weiterer Schaden entsteht, muss deswegen der Bürgermeister zusammen mit dem Träger der Einrichtung über das beabsichtigte Vorhaben informieren und alle Planungen auf den Tisch legen, fordert Hartmut Bock. Gibt es weitere Zusagen und Versprechungen des Bürgermeisters? Dabei ist auch die Frage von Interesse, ob bereits ein Bauantrag für eine Umnutzung des Gebäudes gestellt wurde und wer die städtische Stellungnahme dazu beschlossen hat.

Wichtig ist aber auch die Information über die Nutzung der jetzigen Moschee in der Niedergasse. Wird diese dem benachbarten Hotelkomplex zugeschlagen oder erfolgt auch hier eine Folgenutzung für religiöse Zwecke?

Ärgerlich ist nach Aussage von Hartmut Bock, dass sich das Thema in eine Reihe weiterer Bauprojekte oder Vorhaben einfügt, bei denen der Bürgermeister Zusagen gegeben hat, die plötzlich und ohne Vorwarnung auf dem Tisch des Parlaments liegen, welches dann die heißen Kohle aus dem Feuer holen muss.